Nr. 49 9. Oktober 1969 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Studentenschaft international: Berichte und Informationen
Seite 2

20 Jahre neues China
Seite 2

BSZ-Gespräch mit dem Sprecher der Assistenten
Seite 3

Eigentlicher Wahlkampf

Der eigentliche Wahlkampf begann nach der Wahl: nun mußte die Bourgeoisie zwischen den beiden Wegen, die ihr offenstehen und die „der Wähler" noch einmal bestätigt hatte, entscheiden. Die Gruppe um die Deutsche Bank mit Hermann Josef Abs an der Spitze hatte sich bis zuletzt gegen eine Aufwertung der DM gewehrt, da sie es für möglich gehalten hatte, durch massiven Einsatz des deutschen Wirtschaftspotentials als Druckmittel statt dessen weitere Abwertungen im Westen zu erreichen. Ihre „Männer" waren Kiesinger und Strauß gewesen. Allerdings gab es in der Politik dieser Gruppe einen Widerspruch, der ihr nun offenbar zunächst zum Verhängnis wurde: wollte man dem Westen den Kampf ansagen, dann mußte man die östlichen Märkte weit zu öffnen suchen. Dazu taugten „Männer" wie Kiesinger und Strauß aber schlecht.

So war jetzt die andere, „weltoffene", da mit amerikanischem Kapital durchsetzte Gruppe, die die SPD-Leute als „Männer" hat, in eindeutig günstigerer Position. Außerdem war der Beschluß, die Wechselkurse zunächst einmal freizugeben, auch für die Abs-Gruppe akzeptabel: der eklatante Bruch des Abkommens von Bretton Woods betonte die „deutsche" Selbständigkeit — zudem ist es bei dieser Maßnahme durchaus nicht klar, ob sie nun eigentlich eine De-facto-Aufwertung der Mark oder aber eine De-facto-Abwertung des Dollars darstellt. Immerhin fordern Vertreter der Abs-Richtung inzwischen bereits, den freien Wechselkurs beizubehalten, weil es dann keine Leitwährung mehr gäbe bzw. diejenige Währung zur De-facto-Leitwährung würde, die den geringsten Inflationsgrad hätte — also die D-Mark.

All dies interessiert die „Wähler" vom 28. September herzlich wenig. Sie befinden sich, soweit sie „links" stehen, in einer Art temperierten Volksfront-Euphorie, während sie bangend am Radio verfolgen, ob die FDP auch hart bleiben wird. Niemand sollte sich darüber lustig machen: es ist eine Tatsache, daß breite Teile der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Intelligenz auf eine Regierung Brandt-Scheel große Hoffnungen setzen. Diese Hoffnungen sind, auch das ist eine Tatsache, Hoffnungen auf einen vagen Fortschritt in Richtung auf einen vagen Sozialismus. CDU und CSU haben in ihren Wahlanzeigen die SPD beschuldigt, „Sozialismus" zu wollen. Wir müssen sehen, daß viele Wähler das, wenn auch nur halb und vage, geglaubt haben. Darin liegt ein Plus für die wirklichen Sozialisten. Warten wir also ab, welche Art „Fortschritt" die FDP und welche Art „Sozialismus" die SPD uns bringen werden.

Thema „Ostpolitik"

Natürlich wird es eine neue „Ostpolitik" geben: wenn man russisches Erdöl will, wenn man Thyssen- und bald auch VW-Niederlassungen in der Sowjetunion will, wenn man bald noch andere Güter als Westberliner Müll in der DDR loswerden will — dann muß man die „Realitäten" anerkennen, das ist klar. Wir können uns also auf eine starke nationalistische Demagogie von rechts gefaßt machen. Kann es dann Aufgabe der wirklichen Sozialisten sein, Ulbricht durch dick und dünn zu verteidigen? Wir meinen nein. Im Gegenteil: warum sollten die Sozialisten nicht sagen, daß sich dort eine alte Bourgeoisie und eine neue Bourgeoisie an einen Tisch setzen, und daß das gegen die legitimen Interessen, auch gegen die legitimen nationalen Interessen des deutschen Volkes in Ost und West gerichtet ist?

Noch ein Wort zur Niederlage der NPD. Die Linken sollten das einerseits als beachtlichen Erfolg werten, der die These vom „gegenseitigen Hochschaukeln" der „Extremismen von rechts u-n-d-v-o-n-l-i-n-k-s" schlagend widerlegt. Sie sollten allerdings nicht glauben, man habe nun den Faschismus in diesem Lande (parlamentarisch) besiegt. Die entscheidenden Schläge hat der neue Faschismus während des Wahlkampfs in der Öffentlichkeit, auf der Straße bekommen. Dort hat er auch sein wahres Gesicht gezeigt, indem er zur Mordwaffe griff. Jetzt muß es darum gehen, diesen ersten Sieg auszubauen: die Linke muß nachstoßen und den neuen Faschismus überall aus der Öffentlichkeit völlig vertreiben. Es dürfte im übrigen interessant sein zu erfahren, wie die Regierung Brandt sich dann verhalten wird.

Zur ADF ist es unnötig, viel zu sagen: die „beste SPD, die es je gab", hat ihr Ziel erreicht: sich selbst ad absurdum zu führen.

PERSONALRAT CONTRA ÖTV

Daß an der RUB seit Jahren gemauschelt wird, ist den meisten Universitätsmitgliedern bewußt. Denn am deutlichsten kamen diese Mauscheleien bisher bei den Protesten der Studenten zutage, da es der Universitätsbürokratie nicht immer gelang, den Schleier der Verschwiegenheit über alles zu breiten. Schwieriger wird die ganze Angelegenheit, versucht man als „Externer" sich ein klares Bild über die Dinge zu machen, die sich „normalerweise" hinter den Türen abspielen, die für unsereinen verschlossen sind: Personalpolitik, Verwendung von Geldern, Ablauf bestimmter Verwaltungsarbeiten usw. Die BSZ veröffentlicht daher in dieser Nummer einen Beitrag zu diesem Thema. Weitere Beiträge werden folgen, die sich speziell mit einem Gebiet befassen werden.

Die Redaktion

„Stellungnahme
des Personalrates der Ruhr-Universität Bochum zu dem Rundschreiben der Gewerkschaft ÖTV — Kreisverwaltung Bochum-Wattenscheid, Abteilung Ruhr-Universität Bochum —:

Der Personalrat der Ruhr-Universität Bochum hat von der Fragebogenaktion der Gewerkschaft ÖTV innerhalb der Ruhr-Universität Bochum Kenntnis erhalten.

Er legt Wert auf die Feststellung, daß der Personalrat an dieser Aktion nicht mitgewirkt hat und sie auch nicht seiner Initiative entspringt.

Der Personalrat erklärt ferner ausdrücklich, daß er sich ständig bemüht hat — und dies wird auch in Zukunft der Fall sein — seine Arbeit gegenüber jedermann entsprechend den geltenden Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes Nordrhein-Westfalen sowie den sonstigen Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Tarifverträgen zu erfüllen (Vgl. §§ 54 Abs. 1, 55 LPVG).

Der Personalrat fühlt sich jederzeit der Wahrung des Arbeitsfriedens innerhalb der Ruhr-Universität Bochum verpflichtet.

Bochum, den 24. September 1969.
gez. Dr. Horst Röhling
(Vorsitzender des Personalrates)"

Empfänger dieser hektographierten „Stellungnahme" waren die nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB, von denen viele die plötzliche Aktivität des Personalrates bestaunten.

Auf Betreiben der DAG-Dame Armgard Seher fand die **erste** Sondersitzung des Personalrates in dieser Legislaturperiode (1967—70) statt, die dann mit der o. a. „Stellungnahme" endete, die unverständlich erscheinen mußte, da der Personalrat sich darin gegen Vorwürfe verteidigen zu müssen glaubte, die niemand erhoben hatte.

Vorausgegangen war wenige Tage zuvor eine Fragebogenaktion der Gewerkschaft ÖTV, Abt. Ruhr-Universität, in deren Rahmen zwei Fragen die Arbeit des Personalrates betragen. Diese Fragen lauteten:

„Welche Erfahrungen haben Sie mit der Tätigkeit des Personalrates gemacht?" und „Welche Vorschläge haben Sie für die Tätigkeit des Personalrates?"

Diese beiden völlig neutralen Fragen müssen den Personalrat aus dem Konzept gebracht haben, denn anders läßt sich diese spektakuläre Sondersitzung mit abschließender Stellungnahme nicht erklären.

Verständlich wird dies allerdings, wenn man beachtet, in welcher Weise die derzeitige Personalratsmehrheit zustande kam (BSZ vom 13. 12. 67).

Die Personalratswahl im November 1967 brachte infolge mangelhafter Wahlbeteiligung und bei massiver Unterstützung einer bestimmten Interessengruppe durch Rektor und Kanzler die augenblickliche Zusammensetzung dieses Gremiums, das, ohne echte Einflußmöglichkeiten, sich auf systemkonforme Aktivität beschränkt.

„Der Personalrat fühlt sich jederzeit der Wahrung des Arbeitsfriedens verpflichtet" lautete der Schlußsatz der Stellungnahme, und so erschöpfte sich seine Tätigkeit bisher in der routinemäßigen Abwicklung von Einstellungs- und Höhergruppierungsvorgängen sowie in der Organisation eines Betriebsausflugs, bei dem namentlich Armgard Seher (DAG) nach wochenlanger hektischer Betriebsamkeit bei der Vorbereitung wieder einmal eine lustvolle Vereinigung mit der Masse vollzog, die sie gar buchstäblich die Sprache verlieren und einige Tage wegen Überstrapazierung der Stimmbänder krank sein ließ.

Die Unzufriedenheit der nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB äußerte sich spontan, als ein großer Teil der Teilnehmer der Personalversammlung am 10. 12. 68 diese während der Rede des Personalratsvorsitzenden demonstrativ verließ und erst nach Beendigung derselben wieder zurückkehrte (BSZ v. 19. 12. 1968).

Noch ist vielen das Schreiben des PR-Vorsitzenden an den Rektor in Erinnerung (BSZ v. 30. 1. 69), dessen Byzantinismus kennzeichnend für die Haltung der derzeitigen Personalratsmehrheit ist.

Die Abteilung Ruhr-Universität der Gewerkschaft ÖTV hat im Gegensatz dazu von Anfang an eine klare Linie vertreten und sich nicht gescheut, ggf. auf Kollisionskurs zu gehen, wenn es die Interessen des Universitätspersonals erforderten.

Von der ÖTV gingen die wesentlichen Impulse aus, welche die Diskussion um die Mitbestimmung der nichtwissenschaftlichen Mitglieder auslösten, und die schließlich auch zu einem ersten beachtlichen Erfolg führten.

Die Abteilung Ruhr-Universität der Gewerkschaft ÖTV kritisierte die Fehlleistungen der für die Personalpolitik der RUB Verantwortlichen dort, wo der Personalrat sich verpflichtet fühlte, „den Arbeitsfrieden zu wahren".

So mußte die Fragebogenaktion der ÖTV den Personalrat aus seiner Lethargie aufstören. Die Konsequenzen waren allerdings anderer Art, als viele nichtwissenschaftliche Mitglieder der RUB es sich gewünscht hatten, wie die eingangs erwähnte Stellungnahme beweist.

Karl Herbst

☆

In unserer nächsten Nummer wird Herr August Winter zum Thema „Personalpolitik an der RUB" einen Beitrag veröffentlichen.

Den 10 000 künftigen Mensa-Besuchern wünscht die Redaktion guten Appetit.

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS- Bochum - Südring 19

Contacta Institut
Heinen-Brillen - Bochum
Kortumstraße 45 - I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
Müller-Welt kleinst Contact-Linsen bewährt und weltbekannt

Citroen 2 CV
Luxus, Bauj. 1967, 35 000 km, unfallfrei, aus Privathand für 2500,— DM abzugeben. Bei 500,— DM Anzahlung. Teilzahlung möglich.
Ruf: Essen 23 92 58

Vom 9. bis 11. Oktober findet in der Grugahalle Essen das Festival der Subkulturisten statt, genannt „Pop- und Blues-Festival".

Die Eintrittspreise:

Donnerstag:	12,— DM
Freitag:	12,— DM
Samstag:	15,— DM
Dauerkarte:	34,— DM

Kartenvorverkauf: Grugahalle Essen und alle bekannten Vorverkaufsstellen.

Viel Vergnügen und dem Veranstalter ein gutes Einkommen!

„Numerus clausus"

Indirekter Numerus clausus bei Geographen

Information für Studienanfänger Geographie
Sie sind nach Bochum gekommen, um sich hier für das Geographiestudium einzuschreiben. Hierzu einige Informationen:

Auf seiner letzten Sitzung im Sommersemester 1969 genehmigte der Senat der Ruhr-Universität-Bochum die Einführung von Zulassungsbeschränkungen (numerus clausus) für das Fach Geograhpie. Der Termin für die Bewerbung um einen Studienplatz ist bereits mit dem 10. September abgelaufen, d. h., Sie werden sich im jetzt anstehenden Wintersemester 1969/70 nicht mehr für das Fach Geographie einschreiben können.

Halten Sie trotzdem an Ihrem Entschluß fest, Geographie zu studieren, dann nehmen Sie **auf jeden Fall** die Studienberatung der Studentenvertreter (Fachgruppe Geographie) in Anspruch. Sie finden uns im Gebäude

NA 4/173.

(Etage 4 im Südkern, Zimmernummer 173). Weitere Informationen (Sprechzeiten usw.) entnehmen Sie den Mitteilungen der Fachschaft am Schwarzen Brett des Geographischen Instituts (ebenfalls im Gebäude NA, Etage 5, Südkern).

Für den Vorstand der Fachgruppe Geographie **P. Morgenthal. E. Schmidt.**

Durst löscht man mit Schlegel

Studentenschaft -international

CSSR

(letzte Ereignisse: endgültige Ausschaltung Dubceks und Smrkovskys)
Am ersten Oktober wurden die Parteikomitees für die Hochschulen in Prag, Brno, Bratislava und Kosice aufgelöst. Der Grund: ihre Existenz widerspreche „den territorialen Prinzipien der Parteiorganisation". Ebenfalls aufgelöst wurde das Institut für politische Wissenschaften beim ZK, weil es „keine ausreichende wissenschaftliche Autorität erworben habe". Wie man sieht, schreitet in der CSSR die „Kulturrevolution" unter sowjetischer Anleitung schnell vorwärts.

Mexico

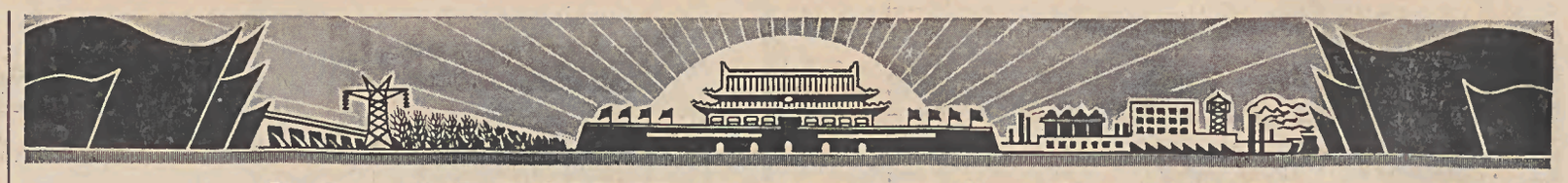
Ein Jahr nach dem Massaker auf dem Tlatelolco-Platz am 2. Oktober scheint die Situation der Studenten fast ausweglos zu sein. Die Armee kann ungestraft Provokationen gegen die Hochschulen unternehmen, da die Studenten wissen, daß jeder Versuch zum Widerstand in einem Blutbad erstickt würde. In einer Lage ähnlich der ihrer tschechoslowakischen Kommilitonen haben sie daher jede Großkundgebung abgesagt. Statt dessen versuchen sie, eine feste Untergrund-Organisation aufzubauen, um den Widerstand fortsetzen zu können.
Professor Martin Dosal Jottar, seit dem 18. September 1968 ohne Gerichtsverfahren unter unmenschlichen Umständen inhaftiert, ist in den Hungerstreik getreten, um die Öffentlichkeit auf die Lage der gefangenen Studenten und Dozenten aufmerksam zu machen.

Jugoslawien

(letzte Ereignisse: Marschall Tito begann eine Säuberung seiner Partei von „antisowjetischen Elementen", um den Weg zu einer vollen Aussöhnung mit dem Kreml freizumachen.)
Die Belgrader Studenten, bekannt als rebellisch und „linksabweichlerisch", hatten verlangt, den Rektor der Universität nach dem Prinzip „ein Mann, eine Stimme" von sämtlichen Mitgliedern der Universität, darunter sämtlichen Studenten wählen zu lassen. Diese Forderung wurde abgelehnt. Statt dessen wird der Rektor künftig von einer Art drittelparitätischem Gremium gewählt, in der der Lehrkörper die Mehrheit behält.

Nordirland

(letzte Ereignisse: die britischen Besatzungstruppen rissen die Barrikaden in Belfast und Londonderry ab; die Marionettenregierung Chichester-Clark brütet „Reformen" aus; der Widerstand der sozial und politisch Unterdrückten hält an.)
Bernadette Devlin, Studentin und jüngste Unterhausabgeordnete, soll wegen Rädelsführerschaft verhaftet und verurteilt werden. Die Polizei suchte sie allerdings vergebens an ihrem Wohnsitz. Die „Jeanne d'Arc von Nordirland", wie sie von der bürgerlichen Presse verharmlosend genannt wird, ist in den Untergrund gegangen, um den weiteren Widerstand des unterdrückten nordirischen Volkes zu organisieren, nachdem sie eingesehen hatte, daß noch so feurige Reden im Unterhaus nichts ändern.

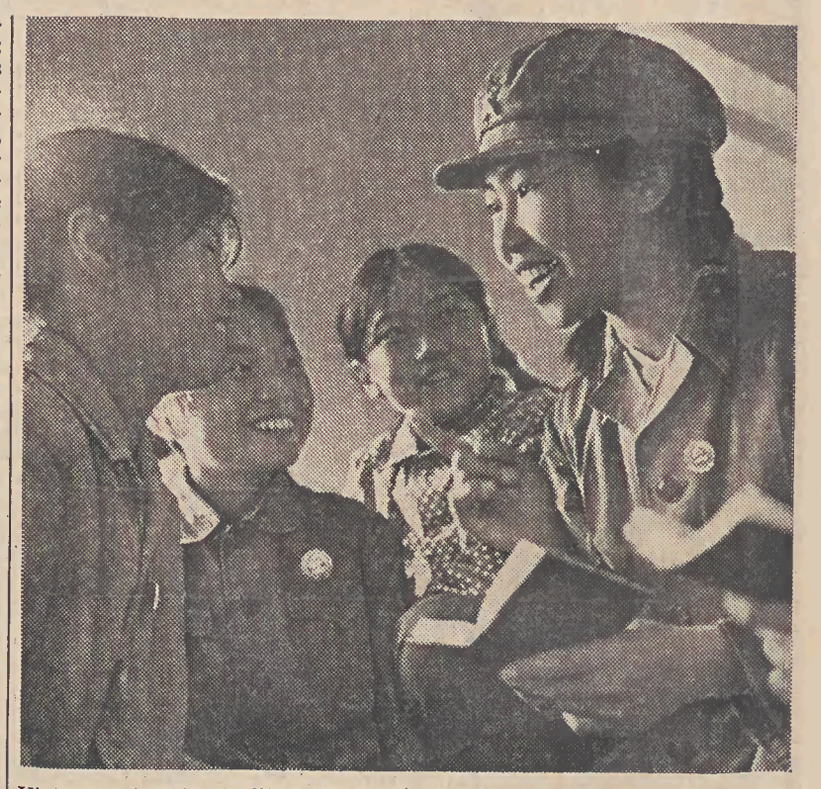


20 JAHRE NEUES CHINA

Das Jahr 1949 sah die Geburt dreier neuer Staaten auf der Welt: der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der Volksrepublik China. Aber im Gegensatz zu beiden deutschen Staaten, deren Völker nicht mit dem Faschismus fertiggeworden und deren neue Ordnungen ein Werk der Besatzungsmächte waren, war der neue chinesische Staat von Anfang an das Werk des ganzen chinesischen Volkes.

China vor zwanzig Jahren: das war ein Land, das noch am ehesten mit dem heutigen Südvietnam vergleichbar wäre. Auf der einen Seite die rasch verfaulenden Reste des Kuomintang-Regimes, das sich schrittweise zurückziehen mußte: zunächst von Peking nach Nanking, dann nach Kanton, bevor der letzte Rest dieser Fäulnis nach Taiwan vertrieben wurde. Die amerikanischen „Berater" waren verzweifelt: J. S. Service zum Beispiel meldete: „Die Moral ist gesunken und die Hoffnungslosigkeit allgemein. Eine Korruption von unfaßbarem Ausmaß, die sich nicht einmal mehr verhüllt, ist das Wesen der Regierungs- und Armeestruktur von den höchsten Stellen bis zu den niedrigsten." Und der General Stilwell: „Habsucht, Korruption, Nepotismus neue Steuern, eine Währung im Zusammenbruch, entsetzliche Verschleuderung von Menschenleben, grausame Mißachtung der Menschenrechte." Wie ist es zu erklären, daß trotzdem damals wie heute die USA auf der Seite dieser Fäulnis standen und stehen?

Unter Tschiangkaischek geriet der Rest des „nationalen" China in eine Inflation, die zum Schluß sogar die deutschen Rekorde von 1921 schlug. Die Armee verließ sich ganz auf ihre Luftüberlegenheit und bombardierte blindlings die „roten" Gebiete — und die USA in Vietnam haben nichts dazugelernt. Im übrigen gab man sich abwechselnd ultrafaschistisch und dann wieder „friedensbereit": im April kam ein Abkommen für eine Koalitionsregierung der nationalen Einheit zustande, das aber von den Ultras um Tschiangkaischek abgelehnt wurde. Damals noch behauptete die „nationale" Regierung, hinter den Kommunisten ständen nur 4 Prozent der Bevölkerung! (Vgl. Vietnam: dort kontrolliert die Regierung Thieu 90 Prozent der Bevölkerung, wußte unser objektives Radio noch 1969 zu melden.)



Lin Piaos VI. Feldarmee durchquert im Frühjahr die Chinesische Mauer auf dem Vormarsch nach Süden.

Und nun die Gegenseite, das neue China. Hören wir wieder die amerikanischen „Berater", hier Davies: „Regierung und Armee der Kommunisten sind die ersten in der Geschichte des modernen China, die eine positive und allgemeine Unterstützung des Volkes genießen. Sie besitzen diese Unterstützung, weil Regierung und Armee sich wirklich aus dem Volk rekrutieren." Und van der Sprenkel: „Die Soldaten sahen natürlich martialisch aus mit ihren gefütterten Mützen und Ohrklappen, ihren wattierten Uniformen mit baumelnden Patronentaschen und selbstgebauten Handgranaten. Alle waren gut bewaffnet, mit japanischen Gewehren und automatischen Waffen amerikanischer Herstellung. Jeweils etwa ein halbes Dutzend Soldaten in einer Gruppe, von denen einer ein Stück Papier in der Hand trug. Wir begriffen schließlich, daß es sich um Einquartierungsbefehle handelte. Ich habe mehrmals gesehen, wie ein solcher Soldat sich einem Haufen Neugieriger näherte, sich höflich lächelnd verneigte und sein Papier vorwies, um Straße und Hausnummer seines Quartiers zu erfahren. Das war wahrscheinlich das erste Mal in der Geschichte von Tientsin, daß uniformierte Soldaten sich an die zivilen Höflichkeitsformen hielten. Die Wirkung auf die Zivilbevölkerung, die zunächst verwirrt und dann sehr erfreut war, war ungeheuer. Und diese Höflichkeit, Ehrlichkeit und strikte Disziplin nahmen auch nach Wochen nicht ab. Kein einziger Fall von Plünderung oder Schlägerei." Van der Sprenkel beschreibt hier die berühmte Vierte Armee Lin Piaos, die zu Beginn 1949 durch die Umfassungsschlacht von Peking-Tientsin den Krieg praktisch entschied.

Diese Schlacht, bei der Hunderttausende der besten KMT-Soldaten entweder freiwillig die Front wechselten oder aber in Gefangenschaft gerieten, verlief ohne sehr große Opfer auf beiden Seiten. Es war das Musterbeispiel einer Schlacht, die ganz durch die überlegene Strategie einer Seite entschieden wird: Lin Piaos Soldaten fuhren bei Nacht mit normalen Eisenbahnzügen in Peking ein und hatten bereits alle strategischen Punkte besetzt, als die KMT-Generäle wach wurden.

Zwanzig Jahre danach ist China der übrigen Welt auf dem Wege zu einer neuen Gesellschaft soweit vorausgeeilt, daß die Nachrichten von dort wie Campanellas Utopia klingen und daher von blasierten Intellektuellen mit einem Lächeln abgetan werden. Es hat zwanzig Jahre gedauert, bis wir halbwegs fähig sind, das Ereignis von 1949 zu begreifen — wollen wir noch einmal 20 Jahre warten, bis wir uns mit der Kulturrevolution und ihrer Bedeutung auseinandersetzen?

em-el

Zum Thema: Werkstudent

Ich gehöre zu den 10 Prozent Studentinnen (insgesamt mindestens 20 Prozent der Bochumer Studenten), die sich während der Semesterferien nach einem Job umsehen müssen, um ihr Studium zu finanzieren.

Die Auswahlmöglichkeiten für weibliche Studenten sind nicht gerade rosig. Nach einem hoffnungslosen Debut in der Bochumer Uschi-Bar (als Animiermädchen für Peter Nellen) versuchte ich es nunmehr als Arbeiterin im Herner Blaupunkt-Werk.

Ohne die „modern und übersichtlich eingerichteten Fertigungsräume und die freundliche Kantine" (laut Inserat in der WAZ) vorher besichtigen zu können, wurde ich in den „Produktionsprozeß" eingegliedert — d. h. noch nicht sogleich, denn eine zweistündige Belehrung des Personalchefs nebst Verlesung der betriebseigenen Blaupunkt-Broschüre gingen dem voran. Höhepunkt der Einstellungszeremonie waren die aufmunternden Worte von Betriebsrat S. In Stichworten: Aufzählung der sozialen Errungenschaften der Blaupunkt GmbH, wie Coca-Cola, Heißwasserbehälter, Würstchen- und Schokoladeautomat. Prämien bei Fleiß und Pünktlichkeit, Treuegeld 7 DM pro Jahr. Dann das Betriebsinterne: „Wir sind eine Gemeinschaft ... bei uns muß jeder arbeiten, von der Putzfrau bis zum Chef ... er ist nur der erste Arbeiter ... Sie haben es hier nur mit gewerkschaftlich organisierten Vorgesetzten zu tun. Auch Sie können Kollege der IGM werden, Aufnahmeanträge hier beim Betriebsrat. Beitrag wird vom Lohnkonto direkt einbehalten."

Nach dieser salbungsvollen Einleitung wurde ich an meinem Arbeitsplatz ins Verzinnen von Transformatoren eingewiesen.

1. Tag: Vom Plutonium bekomme ich Kopfschmerzen, man tröstet mich: das geht allen Neuen so. Die Arbeiterinnen sind mir gegenüber wohlwollend-kritisch, Presse und Fernsehen haben ihr Ziel (Verteufelung der Studenten) noch nicht ganz erreicht.

3. Tag: Der Personalchef, Herr K., kommt und fragt mich dreimal, ob mir die Arbeit gefällt. Als ich schließlich bejahe, kommt der Pferdefuß: er will wissen, ob ich das auch einer Reporterin der WAZ erzählen würde (Reportage über Ferienarbeit). Ich tu's. Am nächsten Samstag ist in der Zeitung zu lesen, daß ich den Rasen vor dem Blaupunkt-Werk für „arbeitspsychologisch sehr geschickt" halte. Ausbeutung von Privateigentum hielte ich nicht für unbedingt richtig. Von dem Interview waren nur noch zusammenhanglose Fetzen übriggeblieben.

2. Woche: kleiner Arbeitsunfall. Ich muß sofort ins Krankenhaus zum Röntgen, auf Betreiben der Werksleitung. Der Verdienstausfall einer Woche wird natürlich nicht vergütet. Betriebsrat S. zu mir: „Zugegeben, ein wunder Punkt unseres sozialstaatlichen Systems. Aber Studenten arbeiten nun mal auf eigenes Risiko."

5. Woche: Lohnauszahlung. Ich wage, Befremden über meinen Stundenlohn zu äußern. Mein Vorgesetzter: „Liebes Fräulein, Sie verwechseln offenbar den Einstelllohn mit dem Grundlohn, denn mit dem Grundlohn kann man natürlich keine Katze hinter dem Ofen hervorlocken. Der Akkord wird natürlich auf den Grundlohn aufgeschlagen." Tja, so kann man sich irren. Der „Irrtum" kostete mich 12 DM pro Woche.

8. Woche: Ich hole meine Papiere. Werde dabei Zeuge einer Szene zwischen Personalchef und einer langjährigen Arbeiterin. Sie hat sich im Verlauf ihrer Tätigkeit für den Betrieb eine Nervenentzündung an beiden Armen zugezogen. Wieder gesundgeschrieben bittet sie um Weiterbeschäftigung. Personalchef K. jovial: „Was soll ich denn mit Ihnen anfangen? An Ihrer alten Stelle können Sie ja nicht mehr eingesetzt werden. Sie müssen ja hier überall mit den Händen arbeiten. Wie wär's denn als Raumpflegerin?" Die Arbeiterin lehnt ab. Man einigt sich zunächst darauf, daß sie Montag wieder anfangen soll. Als sie weg ist, ein Anruf an ihren Meister: „... Montag fängt Frau X wieder an ... weist ihr irgendetwas zu, wir müssen dann mal sehen, ob sie von selbst geht oder wir ihr kündigen müssen ..." Als ich das Büro verließ, entdeckte mich der Betriebsleiter, Herr M.: „Kommen Sie doch bitte mal mit in mein Büro ... Ich möchte Ihnen noch persönlich alles Gute für Ihr Studium wünschen ... Wie hat es Ihnen bei uns gefallen? ... Betriebsklima ..." Als ich ihm daraufhin den Vorfall mit der Arbeiterin berichten will, hat er plötzlich keine Zeit mehr und komplimentiert mich rasch hinaus.

S. H.

Stillegung beim Bochumer Verein

Die Gießerei der Fried. Krupp Hüttenwerke AG (ehemals Bochumer Verein) Bochum-Weitmar soll aus Rationalisierungsgründen geschlossen werden. Betroffen sind von dieser Maßnahme rund 600 Belegschaftsmitglieder, denen Entlassung droht.

Nachdem dieses Vorhaben gerüchteweise zu den Arbeitern durchgedrungen war, versuchte der Betriebsrat, auf einer Betriebsversammlung am Mittwoch die aufgebrachten Arbeiter zu beschwichtigen. Er wurde ausgepfiffen.

Im Zeichen der Hochkonjunktur durften die Arbeiter für die Firma in Überstunden schuften, um der angespannten Auftragslage gerecht zu werden. Nun wird ihnen die Quittung präsentiert. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Mit stabiler Wirtschaftspolitik sicher in die 70er Jahre ...

20 JAHRE DDR UND ...

Was für rechte Kreise der BRD noch immer ein „Zwangs- und Unrechtsstaat", ein „Phänomen" (K. G. Kiesinger) und für liberale Kritiker eine „Republik ohne Leidenschaft", das ist seinem Anspruch nach „der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden", „Vollender der bürgerlichen Revolution", „rechtmäßiger Erbe des Marxismus-Leninismus".

Die Deutsche Demokratische Republik ist — nimmt man die eine Seite — nach zwanzig Jahren harter Auseinandersetzung mit dem amerikanischen und westdeutschen Imperialismus „anerkannt", gelobt wird sie heute von sog. fortschrittlichen Kapitalisten und deren liberalen Publikationsorganen à la SPIEGEL und ZEIT, als vorbildlich gelten das Erziehungswesen der DDR (polytechnischer Unterricht, Hochschulreform, Arbeiterkinder an den Universitäten), das staatliche Gesundheitswesen, Emanzipation der Frau, billige Bücher und niedrige Straßenbahnfahrpreise (20 Pf), vor allem aber ihre volkswirtschaftlichen Leistungen: die Schaffung eines modernen Industriestaates (an 10. Stelle der Weltproduktion mit 0,5 Prozent der Weltbevölkerung). Man sieht: die DDR ist der beste Wohlfahrtsstaat, den es je gab.

Mit Sozialismus hat das allerdings nur noch wenig zu tun. Der materielle Anreiz ist, wie es scheint, für die DDR zum Fetisch geworden. „Dank der weitsichtigen Politik der Partei wuchsen Industrieproduktion und Nationaleinkommen in den letzten Jahren kontinuierlich, nahm unsere Investitionskraft beträchtlich zu. Die Automatisierungsobjekte beweisen das. Es sind Investitionen für die Zukunft, sie berücksichtigen heutige und künftige Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Immer besser gelingt es uns, auf Gebieten, die unseren Entwicklungsbedingungen entsprechen, zur Weltspitze vorzudringen oder sie mitzubestimmen ... Mit der Konzentration der Kräfte auf die strukturbestimmenden Bereiche schaffen wir neue Grundlagen für die Steigerung des Nationaleinkommens und die Weiterentwicklung der sozialistischen Lebensweise." (Leitartikel des Neuen Deutschland vom 2. 10.)

Das ist blanker Ökonomismus. Das Prinzip des materiellen Anreizes wurde so hochgezüchtet und als „sozialistisches Leistungsprinzip" so weit betrieben, daß „mitbestimmen" der kapitalistischen „Weltspitze" in der Produktion offenbar schon fast Sozialismus bedeutet.

Stärkste Säule des Staates sind nicht die werktätigen Massen unter der Führung der Arbeiterklasse, sondern die Spezialisten, Technokraten und Führungskräfte, also das Management.

Diese Manager, die oft das Zehn- bis Zwanzigfache eines Arbeiters erhalten, sind mit materiellen Privilegien (Villen oder Komfortwohnungen, westlichen Exportartikeln aus Exquisitläden, Segelyachten usw.) ausgestattet und verschmelzen langsam mit den Unternehmern der halbstaatlichen Betriebe (Kommanditgesellschaften) zu einer neuen Bourgeoisie.

Das hat tiefe historische und ökonomische Ursachen:

1945 waren zwar die Machtapparate des Faschismus weitgehend zerschlagen, aber eine echte revolutionäre Volksbewegung wie in den osteuropäischen Staaten oder China fehlte. Die faschistische Manipulation hatte das verhindert. Die volksdemokratische Grundlage der DDR wurde mit Hilfe der Roten Armee und einer geringen Zahl noch lebender deutscher Kommunisten geschaffen, während der größte Teil der Bevölkerung dem Sozialismus abwartend gegenüberstand.

Diese durch den antifaschistischen Kampf bewährten Arbeiterfunktionäre waren teilweise den ihnen gestellten immensen Aufgaben physisch nicht gewachsen, so daß viele von ihnen zusammenbrachen und Karrieremachern und Opportunisten Platz machten, zumal Störmanöver der Imperialisten und Sabotagen an der Tagesordnung waren. Die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten versuchten, die DDR von ihrer natürlichen Rohstoffbasis abzuschneiden, auszuhungern und zur Kapitulation zu zwingen. Diese Schwierigkeiten wurden zwar gemeistert, und im harten Klassenkampf durchaus nicht friedlich — wie die DKPisten heute schwätzen — entstanden die Grundlagen für den Sozialismus. Mit ihren inneren Schwierigkeiten jedoch wurde die DDR, wie oben angedeutet, nicht fertig.

Nachdem aber die Revisionisten vollends die Macht an sich gerissen hatten, wurde das, was das Volk unter der Führung der revolutionären SED-Mitglieder sich mühsam errungen hatte, Schritt für Schritt wieder abgebaut.

Was geblieben ist, ist ein Staat der neuen Bourgeoisie à la Sowjetunion, Jugoslawien etc., ein Staat, in dem sich die alte Bourgeoisie ins Fäustchen lacht.

Juristenlawine

Die überfüllte Juristische Fakultät der Universität Münster hat angesichts der ständig wachsenden Abiturientenzahl den Studienanfängern in einem Aufruf geraten, ihr Studium im nicht so belasteten Bochum aufzunehmen.

Dadurch drohen jetzt der Bochumer Juristischen Abteilung ebenfalls Münsteraner Zustände. Nach Meinung des Fachschaftsrates Jura würde durch die ca. 500 zu erwartenden Neuzugänge (z. Z. sind es 1350 Jurastudenten) die Durchführung des Studiums ernsthaft bedroht. 1800 Studenten in der im Aufbau befindlichen Abteilung würden die sowieso schon beengten Verhältnisse unerträglich machen. (Numerus clausus?!) Wie wärs mit Köln oder Bonn ...?

wywizz
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19

Kein Streik bei Assistenten

Am 7. Oktober trafen sich im Düsseldorfer Kultusministerium Vertreter des Geschäftsbereiches Hochschule mit den Rektoren und Assistentensprechern aller Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen.

Bei dieser Besprechung ging es um die Forderungen der Assistenten, die sie in der letzten Zeit erhoben hatten und für die sie zu streiken gewillt waren (siehe BSZ-Gespräch S. 3). Die Forderungen waren: Lehrfreiheit, korporationsrechtliche Gleichstellung und bessere Gehälter.

Den Assistenten wurde Abhilfe versprochen. Der Punkt „bessere Gehälter" soll ab sofort geregelt werden: Der 68er Erlaß, der die Streichung der Hörgeldpauschale für die Verwalter von Assistentenstellen vorsah, soll rückgängig gemacht werden und die alte Regelung wieder in Kraft treten. Die Punkte „korporationsrechtliche Gleichstellung und Lehrfreiheit" sollen im Rahmen der Abänderung des nordrhein-westfälischen Beamtengesetzes und des Hochschulrahmengesetzes berücksichtigt werden — innerhalb der nächsten zwei Jahre. (Nachtigall, ick hör dir trapsen.)

Am gleichen Tag tagte der Assistentenrat der RUB. Er empfahl, die Abstimmung über den Streik nicht stattfinden zu lassen und diese Empfehlung der Assistentenvollversammlung am 8. 10. vorzulegen.

Die Assistenten wollen sich aber trotzdem in ihrer hochschulpolitischen Aktivität nicht „bremsen" lassen, wie gestern von einem der Assistenten zu erfahren war. So wollen sie sich im kommenden Semester vor allen Dingen verstärkt an der Diskussion um die Verfassung der RUB beteiligen.

BSZ-GESPRÄCH

heute mit Herrn Hauck, Vorsitzender der Assistentenschaft

In den Vorlesungsverzeichnissen sind die Veranstaltungen, die im kommenden Semester von Assistenten abgehalten werden, mit Sternchen gekennzeichnet. Das bedeutet, daß die Assistenten nur unter Vorbehalten ihre Lehraufgaben wahrnehmen werden, eine Urabstimmung vornehmen und eventuell in den Streik treten wollen. Welche Gründe in sozialer Hinsicht bewegen Sie dazu?

Die Assistenten rangieren in der untersten Region der an der Hochschule Lehrenden, was ihre Bezahlung betrifft. Sie werden in der Regel nach A 13 und H 1 bezahlt. Die Verwaltung von Assistentenstellen wird sogar nur nach der Eingangsstufe von H 1 bezahlt. Die Verwalter bekommen keine Alterszulagen, was bedeutet, daß sie mit ca. 200 Mark weniger als die anderen bezahlt werden.

Wie sieht es mit dem Hörgeld aus?

Während ein Professor in der Regel eine Hörgeldpauschale von 3000 bis 18 000 Mark im Jahr bezieht, bekam ein mit Lehraufgaben betrauter wissenschaftlicher Assistent bisher 2 Mark pro Student in seiner Veranstaltung. Allerdings sind 40 Prozent der Studenten von der Zahlung der Hörgelder befreit, für die den Assistenten kein Ersatz gewährt wird.

Existieren auch individuelle Abmachungen zwischen Professoren und Assistenten über das Hörgeld?

Meines Wissens an der Ruhr-Universität nicht.

Es findet aber durchaus eine unterschiedliche Behandlung des Assistenten statt?

Ja. Nach der Definition der Assistenten in der Satzung der Universität fällt unter diesen Begriff nicht nur der wissenschaftliche Assistent, sondern jeder Angehörige des „Mittelbaus", wie Lektoren, akademische Räte etc. Innerhalb dieser Gruppe gibt es enorme Unterschiede. Während beamtete und lehrende wissenschaftliche Assistenten nun eine Lehrvergütung von höchstens 1200 Mark im Jahr erhalten sollen, werden Verwalter von Assistentenstellen und wissenschaftliche Hilfskräfte auch weiterhin keinen Ersatz für die von der Zahlung des Hörgeldes befreiten Studenten bekommen. Für Räte, Kustoden gehört die Übernahme von Lehrveranstaltungen angeblich zur Dienstpflicht. Auch für sie soll es keine Pauschale geben, ja sie erhalten ab Wintersemester 69/70 noch nicht einmal mehr Anteile an den Hörgeldern.

Wie werden sich die Assistenten nun verhalten?

Da wir es in der Bundesrepublik angesichts des Massenandrangs von Studenten mit der Tendenz zur „Verfachhochschulung" zu tun haben, die zu einem Niveauverlust der Studienabgänger führt, muß unbedingt vermieden werden, daß die Hauptlast der Lehre bei den Assistenten liegt, die ja per definitionem dazu erst ausgebildet werden sollen. Das heißt konkret: Es muß im gegenwärtigen System der Personalstruktur nach Möglichkeit vermieden werden, daß Lehraufgaben von hierzu noch nicht Qualifizierten zur Bewältigung des Massenproblems wahrgenommen werden.

Nach dem in der Bundesrepublik gültigen reaktionären Beamtenrecht ist ein Streik für Beamte verboten. Sie meinen also, wenn wir Ihren vorhin geäußerten Standpunkt recht verstanden haben, bei der „Vermeidung, Lehraufgaben wahrzunehmen" handele es sich nicht um einen Streik?

Meines Erachtens handelt es sich dabei für wissenschaftliche Assistenten nicht um einen Streik. Wir haben in einem Brief an den Ministerpräsidenten unseren Rechtsstandpunkt in dieser Frage klargelegt und damit begründet, daß es keine beamtenrechtliche Verpflichtung für die Abhaltung von Lehrveranstaltungen gibt. Bezeichnenderweise hat jetzt das Rektorat einen gegenteiligen Standpunkt in dieser Frage eingenommen.

Während Biedenkopf noch im Juli in einem Brief an den Kultusminister meinte, es gebe keine Verpflichtung, meint er heute, nach der Intervention des Ministerpräsidenten, sie sei „möglich". Wir werden in dieser Frage notfalls Klage einreichen!

Nun wäre aber der Fall denkbar, daß etwa Lektoren bei einer Verschärfung der Situation, das heißt im Falle des Ausstandes, an ihre „Dienstverpflichtung" „erinnert" würden. Wären Sie in diesem Falle auch zu „illegalen" Maßnahmen bereit?

Wir würden in jedem Falle die Solidarität in der Assistentenschaft wahren und unsere Kollegen voll unterstützen! Schließlich muß man die Frage der „Legalität" unabhängig von der entscheidenden übergeordneten Frage der Solidarität betrachten!

Sollte Ihrer Meinung nach bei einer Verschärfung der Situation, wenn etwa die Kultusbürokratie mit Sanktionen auftritt, ein einheitliches Vorgehen von Assistenten und Studenten stattfinden?

Es wäre denkbar, daß das Kultusministerium Disziplinarverfahren einleitet und daran anschließend eine Streichung der Dienstbezüge vornimmt. In einem solchen Falle käme es zum Knall!

Unter diesen Umständen waren Aktivitäten des jetzigen AStA, der seine Solidarität schon gezeigt hat, begrüßenswert!

Herzlichen Dank für das Interview und viel Erfolg! Die BSZ wird Ihnen jederzeit für Veröffentlichungen zur Verfügung stehen.

Briefwechsel

Ruhr-Universität Bochum, 24. 9. 69
Der Rektor

Az.: 0035/1

An den
Vorstand der Assistentenschaft
Vorstand der Studentenschaft

Sehr geehrte Herren!

Zu Beginn des Wintersemesters erlaube ich mir, Sie zu einer Aussprache über gemeinsam interessierende Fragen auf

Freitag, den 17. Oktober 1969, 9 h c.t.

in den Sitzungssaal einzuladen. Als Gesprächsthema darf ich von mir aus folgende Punkte nennen:

1. Aussprache über die Wahl des Vorsitzenden des Universitätsparlaments.
2. Aussprache über die Wahl der Prorektoren.
3. Aussprache über die Bildung der drei Kommissionen.
4. Rektoratsübergabe.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
In Vertretung
Prof. Dr. Hans Faillard

☆

An den
Rektor der Ruhr-Universität
Herrn Prof. Faillard
463 Bochum
im Hause

0035/1 24. 9. 69 H/HK 3. 10. 69

Betr.: Ihr Schreiben vom 24. 9. 69 (Einladung zum 17. 10. 69)

Lieber Herr Faillard!

Sie haben den Vorstand der Studentenschaft und der Assistentenschaft zu einer „Aussprache" über „gemeinsam interessierende Fragen" eingeladen.

Zwar vermag ich nicht ganz einzusehen, warum über Punkte, die eigentlich Aufgabe des Universitätsparlaments sind, mit den Vorständen der Teilkörperschaften vorher eine „Aussprache" stattfindet, dennoch interessiert es den Vorstand der Studentenschaft natürlich, welche Vorstellungen im Rektorat in bezug auf die angeführten Punkte existieren.

Darüber hinaus würde ich doch dringend vorschlagen, daß Sie **alle** studentischen und assistentischen UP-Mitglieder zu dieser „Aussprache" einladen. Mein Vorschlag gründet sich auf das Ergebnis einer Beratung mit einigen studentischen UP-Mitgliedern, die gestern stattfand. Uns allen war nicht klar, warum die Rektoratsübergabe eine „gemeinsam interessierende Frage" ist: Wenn mit dieser Übergabe eine „Feier" verbunden ist, die einiges Geld verschlingt, dann wäre unser Vorschlag, dasselbe Geld, was für eine Feier gebraucht wird, auf das Konto der studentischen Rechtshilfe zu überweisen. Ebenso wird verfahren bei einer möglichen Feier, die mit der 1. Sitzung des Universitätsparlaments verbunden ist. Es kann nicht angehen, daß eine Universität, die vor großen Problemen steht (z. B. Überfüllung) und z. B. das Universitätsparlament als Arbeitsgremium konstituiert hat, in einer Zeit, die viele Studenten existentiell bedroht (durch Willkürprozesse, wie sie jetzt in allen Universitätsstädten stattfinden und stattgefunden haben; durch Prozesse, die noch angezettelt werden aufgrund der — wie sich jetzt herausgestellt hat — berechtigten Maßnahmen von Studenten gegen einen Hochschullehrer, der offen mit dem faschistischen Terrorregime in Griechenland kollaboriert: Die Stellungnahme der Universität zu dem offenen Brief steht noch aus! Ein solcher Punkt würde mehr Aufmerksamkeit verdienen als solche umfangreichen Vorbereitungen für die 1. UP-Sitzung), — sich den Luxus repräsentativer Festlichkeiten leistet. Viele Studenten würden darin eine Provokation seitens der Universitätsleitung sehen!

Diese Fragen werden uns am 17. 10. 1969 interessieren!

Mit freundlichen Grüßen
Für das AStA-Kollektiv
Christian Holtgreve

Hans Faillard

„Betriebsrat" & Co.

Bericht über eine Bochumer VHS-Veranstaltung

„Ich spreche jetzt nicht als IG-Metall-Mitglied, aber meiner persönlichen Meinung nach ist der Klassenkampf nicht tot...", so sprach der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der Hoesch-AG, Dortmund, bei einem Gespräch über die „wilden" Streiks, zu dem die Volkshochschule am Montag eingeladen hatte. Dabei hatte Pfeiffer bei der „spontanen Arbeitsniederlegung" der Hoesch-Arbeiter — so seine neue Sprachregelung — alles daran gesetzt, den Kampf seiner Kollegen gegen Harders & Co. totzukriegen. Erst kürzlich lobte ihn das großkapitalistische „Handelsblatt", weil er versucht hatte, den sozialistischen Werkstudenten Tewes am Reden zu hindern. Nur die Intervention fortschrittlicher Kollegen konnte Tewes zum Reden verhelfen. Am Montag, nachdem ihm während der Aktionen in Dortmund von Kollegen und Vertrauensleuten eindeutiges Mißtrauen entgegengeschlagen war, mochte er sich auch hierzu nur zwiespältig äußern: „Wir hatten immer darauf geachtet, daß kein ‚wilder' Streik entstand..."

Ähnlich wie Pfeiffer versuchte auch Bußmann vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB die klassenkämpferischen Aktionen der Arbeiterklasse nachträglich in ein Aufbegehren „mündiggewordener Wirtschaftsbürger" umzumünzen. Da eine Klassengesellschaft nicht mehr existiere, vielmehr nur eine Vielzahl in gegenseitiger Konkurrenz begriffener „Wirtschaftsbürger", komme es für jeden darauf an, den höchstmöglichen ökonomischen Nutzen zu erzielen. Diese uralte sozialdemokratische Vorstellung, die auch schon von Hilferding und anderen vertreten wurde, geht davon aus, daß sich die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus unbegrenzt bessern könne. Zwar wird die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Distribution eingesehen, auf der anderen Seite aber kann dieser „Wirkfehler" kapitalistischer Wirtschaftsorganisation angeblich beseitigt werden. Bußmann: „Wir (die Gewerkschaften) haben die Arbeitnehmer in einem langen Erziehungsprozeß unter anderem über die Massenmedien darauf gedrillt (!!!), sich an der wirtschaftlichen Stabilität zu orientieren. Nun aber kommt es darauf an, daß die Einkommensverteilung als vierte Komponente zum ‚magischen Dreieck' hinzutritt..." Diese Anschauung läßt die Verteilungsgesetze des Kapitalismus vollkommen außer acht. Da „die Verteilung die Kehrseite der Produktion ist" (Karl Marx), kann nur von der Produktion, d. h. von der Organisation der Produktion (Besitzverhältnisse), bestimmt werden, ob überhaupt, und wenn ja, wie Einfluß auf die Distribution genommen werden kann. Da aber der Lohn um seine Produktionskosten als Gravitationspunkt schwingt, kann eine Änderung der Distributionsverhältnisse nur über eine Veränderung des Warencharakters der Arbeit erreicht werden. Der Warencharakter der Arbeit ist aber nur durch eine Veränderung der Produktionsverhältnisse und die Abschaffung kapitalistischer Marktgesetzlichkeiten zu beseitigen. Eigentlich hätte Bußmann die Widersprüchlichkeit seiner Forderung nach der Einkommensumverteilung selbst klar sein müssen, begründete er doch selbst den Einkommenszuwachs durch die Streiks als konjunkturelles Korrektiv (Vergleich Anstieg der Arbeitnehmereinkommen und der überproportional angewachsenen Profite), d. h. marxistisch ausgedrückt, als eine vorübergehende Abweichung der Löhne von ihren Produktionskosten bei günstiger Profitlage, welches Überschreiten „nach oben" durch den tendenziellen Anstieg der Inflationsrate wieder aufgehoben wird. Dem opportunistischen Theorem vom „Wirtschaftsbürgertum" muß entschieden entgegengetreten werden, hat es doch schon einmal den natürlichen Nährboden für eine Reichsarbeitsfront gebildet!

Das meinte selbst die Habermaus Teschner vom Frankfurter Institut für Sozialforschung, die in der Diskussion zwar eine sehr beredte, aber auch um so bläßlichere und verschwommenere Rolle spielte. So mochte denn auch der Philadornit die Frage, ob eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft in der BRD notwendig sei, nicht mit ja oder nein beantworten: „Das wäre ja dezisionistisch!"

Warnung!

Westdeutschlands Subkultur wird für Interpol interessant. Als Gammler verkleidet, reisen Kriminalbeamte von Ort zu Ort, um vermutliche Interessenten mit Haschisch zu versorgen, ihre Unterkünfte und Kontaktpersonen auszuspionieren und bei sich bietender Gelegenheit unter dem Vorwand „Rauschgiftvergehen" bei „gefährlichen" Gegnern des Kapitalismus Hausdurchsuchungen durchführen zu können. Wie jüngst gehabt in München. Auch Mitgliederlisten des SDS, Vorlesungsmanuskripte aus „linken" Seminaren usw. werden dabei als Beweismaterial betrachtet und von polizeilicher Sicherstellung bedroht. An potentiellen Arbeitskräften für projektierte Arbeitslager dürfte es bereits heute nicht mangeln. Genossen, Vorsicht!

Rechtshilfe-Fond

Nach den Polizeieinsätzen der letzten Jahre wird nun auch in Bochum als ein weiteres — weit wirkungsvolleres Mittel zur Zerschlagung der politischen Opposition der „Justiz"apparat in Gang gesetzt. Obwohl in hinlänglich bekannter Art und Weise hauptsächlich „Rädelsführer" herausgegriffen werden, ist in der nächsten Zeit mit mindestens 30 Verfahren vor den Bochumer Gerichten zu rechnen.

Die Angeklagten, deren politisches Handeln auf Vorsatzdelikte reduziert wird, stehen der Justizmaschinerie in der Vereinzelung hilflos gegenüber. Oft kennen Sie nicht ihre einfachsten Rechte gegenüber Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht. Während einige Studenten wenigstens über die Möglichkeit der Hilfe durch die Einrichtungen der Studentenschaft informiert sind, verhalten sich die inzwischen auch angeklagten jungen Arbeiter und Lehrlinge vollends rat- und hilflos. Haben sie doch bei politischen Aktionen mitgewirkt, ohne nun weitere Kontakte zu den politisch aktiven Gruppen zu haben. Sie stehen also völlig allein dem übermächtigen Justizapparat gegenüber und sind nur zu bereit, sich auf ein möglichst billiges „Davonkommen" einzulassen. Damit ist sichergestellt, daß sie in Zukunft an politischen Aktionen aus Angst vor einer nochmaligen Konfrontation mit den Gerichten nicht mehr teilnehmen werden. Weiterhin fehlen in fast allen Fällen die finanziellen Mittel, um einen Prozeß mit der Hilfe eines Wahlverteidigers durch eine — geschweige denn durch mehrere — Instanzen führen zu können. (Ein Prozeß kostet durchschnittlich 1000,— DM!)

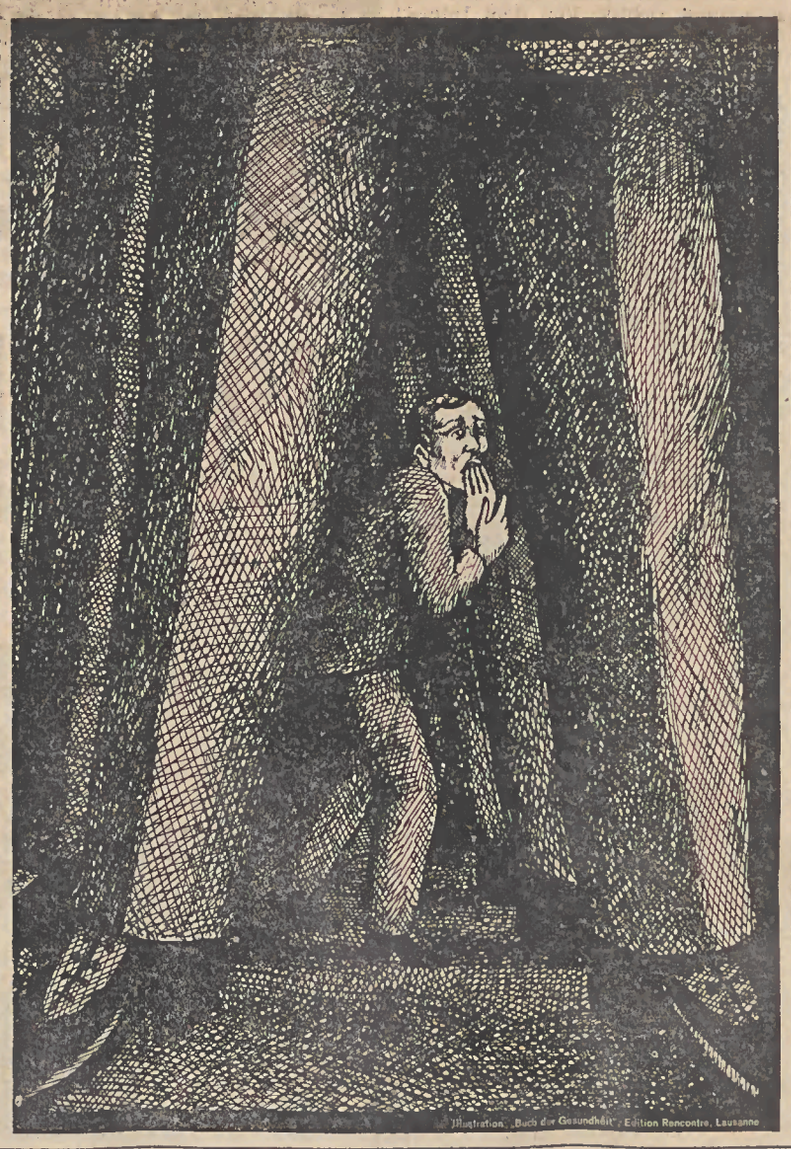


Illustration: „Buch der Gesundheit", Edition Rencontre, Lausanne

Hinzu kommt, daß mit infamen Verleumdungskampagnen — so berichtete die WAZ am 10. Sept. 1969 von geplanten Säure- oder Sprengstoffattentaten gegen das Gericht — das Bewußtsein der Bevölkerung weiterhin vernebelt und der Eindruck von der kleinen, radikalen, zu allen kriminellen Handlungen entschlossenen Minderheit aufrecht erhalten wird. In dieser Atmosphäre kann es sich die Bochumer Justiz leisten, daß ein ehemaliges SA- und SS-Mitglied den Vorsitz bei politischen Prozessen führt!

Wir haben ein „Kuratorium Republikanische Hilfe Bochum" gegründet, um einen Beitrag zur Organisierung des politischen Widerstandes gegen die justizförmige Unterdrückung der demokratischen Opposition zu leisten. Die Rep.-Hilfe tut dies gemäß § 2 ihrer Satzung, insbesondere durch politische Aufklärung über die Rolle der Justiz als Herrschaftsinstrument und durch personelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung der von der Justiz Verfolgten.

Diese dringend notwendige Arbeit kann nur geleistet werden, wenn genügend Geldmittel dafür bereitstehen.

RECHTSHILFE OHNE FINANZHILFE IST EINE LOGISCHE UNMÖGLICHKEIT

Konto-Nr. 919 888
Westfalenbank Bochum

was trinken wir?
Schultheiss
Bier
SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

LOEWE
ADOLF LOEWE
Büromaschinen · Möbel · Organisation
Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG
Zweigstelle Ruhr-Universität Lennershofstr. 70 Tel.: 511315
Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel.: 511012
Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum
Huestraße 21-25

ALMA MATER IST LIEB!

Allen Erstsemestern ins Stammbuch zu schreiben

Holdeste Neu-Kommilitoninnen, Ver(s)ehrte Neu-Kommilitonen!

Den akademischen Geist deutscher alma mater im Rücken und Nacken, sei Euch, den von Schulen ins feindliche Leben Entlassenen, im Namen aller an- und für-sich-ständigen, forschungsbeflissenen, reformfreudigen, noch nicht aus der Kirche ausgetretenen, kurz, im Namen aller sauberen, staaterhaltenden und — -machenden Studenten der Willkomm entboten. Möget Ihr, allzeit bei rechter Stange haltend, über den steinigen Weg des Erfolgs die gesicherte Zukunft immer im Auge, selbige erringen. Alles weitere demnächst bei Papa Faillards Immatrikulationshalali.

Wie diese Begrüßung, so der Geist dieser, Eurer Universität:

Sauber, strebsam, sittsam, unverschleimt, konstruktiv, gradlinig und in Treue fest und überhaupt enorm modern und fortschrittlich.

Nicht vergessen(!!!):

Der Herr Rektor liebt es, mit Magnifizenz angerufen zu werden. (Latin is fun!);

Spitznamen wie „Maggi" oder „Zenzi" könnten zwar auf den ersten Lausch ungehörig erscheinen, sind sie doch Zeugnisse enormen antiautoritären Bewußtseins, aber ganz im Gegenteil; unter dem Aspekt der Imageträchtigkeit betrachtet, dürfen sie im Stande sein, intimen Beziehungen zwischen Lehr- und Lernkörpern Bahn zu brechen.

Das gleiche gilt natürlich für jeden x-beliebigen Professor. Man unterstehe sich nicht, einfach larifari Herr Soundso oder Herr Wieheißen-Sie-noch-gleich zu sagen, käme es doch einer Mißachtung wenn nicht gar Schmähung seines mühselig erdienerten Erfolges und Ansehens gleich, also Hans-Dieter... Merke: Hast du den Chef zum Freunde und bist beliebt bei Gott, was kann dir tun der Feinde und Widersacher Rott.

(Zu Letzteren könnte dein Hörsaalnachbar gehören! Sei auf der Hut! Achte auf alles, was er während langweiliger Vorlesungen in sein rotes (!) Heft kritzelt!

en detail:

„alma äußerlich"

Ob sich Jungforscher Knut G. (20) vom idyllischen Ruhrtal oder von der City her, in jedem Falle aber ehrfürchtig, der Universität nähert, er darf versichert sein: Die RUB pflegt zwar ihr understatement, eine Arbeitsuni (nicht identisch mit **Arbeiter**uni; der Verf.) zu sein — die understatement-Pfleger sind selbstredend bestrebt, sie nach Angebot - Nachfrage - Prinzipien funktionieren zu lassen — jedoch ist die sich aufdrängende Ähnlichkeit dieser Uni mit Rheinstahl- oder Kruppverwaltungsgebäuden etwa, rein zufällig. Hat sich doch die Unileitung erst kürzlich standhaft geweigert, auf dem IB-Gebäude einen Mercedes-Stern anbringen zu lassen.

„alma innerlich"

Die RUB ist eine junge Greisin. Die vorgefertigte Betonfassade täuscht. Beim Ausbau ihrer Infrastruktur wurde reichlich Kalk verwendet. Da Kalk bekanntlich die Bindehaut angreift, ist der getrübte Blick und die grassierende Erblindung der meisten mit ihr Verkehrenden zwangsläufige Folge der Verhältnisse, in die alma von ihren Geburtshelfern, Kunden und Zuhältern eingepaßt wurde.

Wie und wo kommen almas Verhältnisse ans Zwielicht?

Erste Aufschlüsse hoffen wir in der Liste von almas Verehrern, Hausfreunden und Verwesern zu finden, also:

„alma intim"

(auszüge)

Jedwed gut Ding beginnt mit Gebet. Also ward zum ersten Vormund der alma m. wechselbalg ein Theolog bestellt: Greeven, Prof. ev. Er gehörte zu jenen Geburtshelfern, die alma ins offizielle Licht der besserwissenschaftlichen Welt kreißten. So geschehen in einem Theater. Herr Greeven machte auch fürderhin keinen Hehl aus seiner Schwäche für Schwänke. So pflegte er die offizielle alma immer nur in voller Amts- und Ordensbemalung aufzusuchen.

1965 wurde also zu dem Höhepunkt seiner Theologenlaufbahn.

Nachfolgerektor des wackren Gottesmannes wurde der nicht minder christlich - abendländische Kurt-Georg Biedenkopf (CDU), ein US-gestählter rechter Rechtsgelehrter, der alle legislativen (Verfassung) und exekutiven (Polizei) Register zog, um alma Sicherheit durch Recht und Ordnung zu verschaffen; daß er dadurch seine Parteikarriere sicher in die 70er Jahre hinüberrettete, sei nur am Trauerrande erwähnt.

„alma ernsthaft"

„Aber, aber, man sollte doch Kurt-Georgs glänzende Verfassung für die RUB nicht vergessen."

„Für wen glänzend?"

„Für alle Beteiligten."

„Für alle stillen Teilhaber."

Was ist der Unterschied zwischen Biedenkopfs Verfassung und dem Hochschulgesetz?

Wenn das bevorstehende bundeseinheitliche Ordnungsrecht in die Verfassung eingefügt ist, besteht kein Unterschied mehr.

Wem nützt also die Verfassung?

Den Herrschenden, denn: Durch die Verfassungsmauschelei, auf die sich der amtsmüde AStA glaubte einlassen zu müssen, wurde die notwendige Vorbereitung auf den Kampf gegen das Hochschulgesetz weitgehend vereitelt. Darüber hinaus wurde bei den „ernsthaften Auseinandersetzungen" die Funktion des Uniapparates nicht im mindesten in Frage gestellt; abgesehen von der Tatsache, daß sich die Kulturbonzen dieses Staates, wann immer sie wollen, mit der „progressiven" Verfassung den Arsch abwischen können.

Was wurde also letztlich durch die Verfassung erreicht?

Ein kaum gestörtes Weiterfunktionieren des bestehenden Uniapparates. Die Aufträge aus Wirtschaft und Verwaltung konnten also termingerecht wahrgenommen werden. Die Lieferfristen für WiWis und Juristen, z. B., wurden korrekt eingehalten.

Ist die Uni ein Montagebetrieb?

Sie wird so gehandhabt.

Sollte die Verfassung denn nicht den repressiven Hochschulgesetzen zuvorkommen?

Wie gesagt, das einheitliche Ordnungsrecht wird dafür sorgen, daß die Verfassung dem HSG gleichkommt.

Ja aber...

Ein Biedenkopf steckt immer dahinter.

Eine weitere Groß(deutsch)tat Biedenkopfs ist sein Protektorat in Sachen Papalekas.

Über die demokratische Gesinnung des letztgenannten So-Wi-Ordinarius eine Laudatio zu intonieren, hieße faschistische Eulen nach Athen tragen.

Folgende Behauptung ist demnach falsch: Die RUB ist Wartungsstelle und Ersatzteillieferant für christliche Unternehmerverbände.

Berechtigte Frage: Was ist denn nun von alma zu halten?

Nichts. So gut wie nichts ist wert, behalten zu werden.

Sie dient nicht dem Volk, sondern der „Volks"wirtschaft, jenem Volk von Unter- und Obernehmern also, die anteilmäßig 1,7 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen und 70 Prozent des Produktions-, sowie 35 Prozent des Privatvermögens in ihrem Besitz haben. Darüber hinaus reproduziert alma jenes System der Koexistenz, das die gesamte Profitmaschinerie so notwendig braucht, um herrschen zu können, ein Konkurrenzsystem nämlich, basierend auf Herrschaft und Unterdrückung, das jeden zum Konkurrenten (Rivalen, Feind) eines jeden macht. (Prüfung, Benotung, Leistungsnachweis = sozialer Aufstieg, Erfolg, Herrschaft, Sicherheit.)

Holde (neurotische) Kommilitonin, lieber (komplexträchtiger) Kommilitone, büffelt euch durch bis zur Rente!

Auch du **bist** Alma.

Basisgruppen: Seminar

Fragestellungen sind u. a.

A) 1. Analyse und Kritik der hochschulpolitischen Aktivitäten im SS
a) Formen der Auseinandersetzung mit dem Hochschulgesetz
— partielle Streiks
— Informations-Teach-ins (Bildung von Projektgruppen)
— Zwischenprüfungskampagnen
b) Mitarbeit an der neuen Verfassung
c) Der Fall Papalekas und die Uni-Bürokratie
2. Kritik am Konzept der Basisgruppenkonferenz
— Ungleichzeitigkeit der Gruppen (polit. Prioritäten)
— Verschiedene polit. Ansätze (extern — intern; studienreformerisch; theoret. Zirkel)
3. Funktion des AStA (politisch bestimmend — Subsidiär)
B) 1. Einschätzung der Effektivität der bisherigen Arbeit und Versuch einer politischen Schwerpunktbestimmung für das WS:
a) Funktionalisierung und Vereinheitlichung der Basisgruppen für die vorrangige Arbeit: Klassenanalyse des Ruhrgebiets und theoretische Schulung
b) Rolle der Hochschulpolitik in einer antikapitalistischen Strategie im Ruhrgebiet
— Mitarbeit von Basisgruppenleuten in Fachschaften, Gremien usw.
c) Mögliche hochschulpolitische Aktionen im WS (Anfänger Teach-in Numerus clausus; Studienreform usw.) Zwischenprüfungskampagnen
C) 1. Studentische Organisation (Problem Zwangskörperschaft)
— Studentengewerkschaft?
— Fachschaftsleiterkonferenz?
— „Basisgruppenkonferenz"?
2. Versuch einer Einschätzung: Was ist durch die Mitarbeit in Abt. Gremien usw. rauszuschlagen an materieller Absicherung?
— Notwendigkeit der Identität von Basisgruppenleuten und Fachschaft?
3. Wie ist das „Rekrutierungsproblem" zu lösen?
— Aktionen (Gang der Studentenrevolte)
— Studienberatung; student. Seminare usw.

Leserbriefe

Vorschläge:

1. Verkaufs- und Agitationsstand am Husemannplatz. Alle 14 Tage 2 Tage. Vom Erlös können die „Verkäufer" eine Aufwandsentschädigung erhalten.

2. Verkauf vor Schichtbeginn an den Werkstoren. M. E. ist bei den Arbeitern ein echtes Informationsbedürfnis zu finden.

3. BSZ-Brett im Freien vor IB.

4. Bei einer Zeitung wie der BSZ Artikel mit mehr als 100 Zeilen ermüden besonders, wenn sie linke Theorie für Fortgeschrittene bringen. Norbert Bömers „Basisgruppenzeitung für überregionale Zusammenarbeit" (teach-in Nr. 5) ist sicher nötig, dazu sollte man jedoch nicht die BSZ mißbrauchen. Wenn man Studenten erreichen kann, sollte man die BSZ zu allererst auf Agitation ausrichten. Ein linkes Informations- und Agitationsblatt der Basisgruppen sollte daneben existieren. Vielleicht wäre es sogar gut, wenn die BSZ auf aktuelle BRD-Politik eingeht.

5. 40-Zeilen-Kolumne als feste Einrichtung an immer gleicher Stelle.

Norbert Hermann
Oberhausen

Braune CSU

Die CSU, die sich bisher aus einsichtigen braunen Gründen gegen ein Verbot der NPD wehrte, legte jetzt in München ein Programm für die „innere Sicherheit" vor, das neben einem einheitlichen Ordnungsrecht für die Hochschulen und der „Förderung der konstruktiven Kritik in der Studentenschaft" auch das „Verbot radikaler Organisationen" umfaßt. Weiter werden in dem Programm unter anderem gefordert: eine verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz, „einheitliche und unnachgiebige Anwendung" der geltenden Gesetze durch die Polizei, „Modernisierung" der Polizeigesetze und des Versammlungsrechts, Einführung der Vorbeugehaft („Haftgrund der Wiederholungsgefahr"), Bannmeilen um die Gerichte und verschärfte Ordnungsstrafen bei Gericht.

Diese Maßnahmen sind nur noch als Vorbereitung des Faschismus zu bezeichnen. Weder werden die Wirtschaftsverbrecher gefaßt noch die Knüppelgarden der NPD. Schlagen darf in diesem Staat der, der sein braunes Hemd im Schrank schon bereitliegen hat. Aber wehe dem, der auch nur rosa Tupfer in seinem hat.

IMMER wenn's um Geld geht...
SPARKASSE
In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

Spielplan für die Zeit vom 9. Oktober bis 26. Oktober 1969
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN!

SCHAUSPIELHAUS			KAMMERSPIELE	
20.00	MY FAIR LADY von Lerner/Loewe (G)	Do. 9. 10.	20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES; von Brecht
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Fr. 10. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Sa. 11. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER / von Fielding	So. 12. 10.		Keine Vorstellung
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow	Mo. 13. 10.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Di. 14. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Mi. 15. 10.		Keine Vorstellung
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow	Do. 16. 10.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Fr. 17. 10.	20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES; von Brecht
	Keine Vorstellung	Sa. 18. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER / von Fielding	So. 19. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DIE BLUTHOCHZEIT von Fortner zum ersten Mal (G)	Mo. 20. 10.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER / von Fielding	Di. 21. 10.		Keine Vorstellung
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow	Mi. 22. 10.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	2. HAUPTKONZERT	Do. 23. 10.		Keine Vorstellung
20.00	2. HAUPTKONZERT Wiederholung	Fr. 24. 10.		Keine Vorstellung
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Sa. 25. 10.		Keine Vorstellung
20.00	MY FAIR LADY von Lerner/Loewe (G)	So. 26. 10.		Keine Vorstellung

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende an der Abendkasse (ab ½ Stunde vor Beginn der Vorstellung) zum Preis von DM 2,— auf allen Plätzen — solange der Vorrat reicht.

Wie Sie sich täglich „debattenfest" machen können

Mit Allerweltswissen ist das nicht zu schaffen. Für Überzeugungskraft und Standvermögen in der Diskussion brauchen Sie aktuelles Rüstzeug: Täglich fundierte Informationen aus einer Zeitung von internationalem Rang: Informationen aus der „Süddeutschen", der großen deutschen Tageszeitung. Ihr eigenes, weltweites Korrespondentennetz gewährt exklusive Berichterstattung. Die saubere Trennung von Meldung und Meinung innerhalb der SZ begründet ihre schon sprichwörtliche Objektivität.
Machen Sie sich das zunutze. Werfen Sie SZ-Informationen in die Debatte. Lesen Sie, zitieren Sie die Süddeutsche Zeitung, die von der Londoner TIMES als „...das Beste im westdeutschen Journalismus" bezeichnet wurde.

Süddeutsche Zeitung
Studenten erhalten die SZ im Postabonnement für DM 5,—

FAIR PLAY
mild auf der Zunge
würzig im Geschmack
männlich im Aroma
Cavendish 50 g 2.50
Medium 50 g 3.00

Pfeifenmodell 54 aus dem Hause OLDENKOTT

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und Lebensmittel
in Ihrer
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK · WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT · DURCH ZOLLERSPARNIS NUR
RUM and MAPLE 2.50 DM
Gratisröbchen · PLANTA · Berlin 61

Bochumer Studenten Zeitung
Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität
Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmann, Norbert Otte
Anzeigenleitung: Christine Schipplick
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9
Auflage: 8000 Exemplare
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e. V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.